

## Inhaltsverzeichnis

Einführung.....	1
A. Problemaufriss.....	1
B. Gang der Untersuchung.....	5

### Teil I

<b>Grundfragen der kommunalen Verlustverrechnung bei Eigengesellschaften der öffentlichen Hand.....</b>	<b>7</b>
---	----------

<b>A. Unternehmen der öffentlichen Hand als Steuersubjekt.....</b>	<b>8</b>
I. Hoheitsbetriebe .....	8
II. Betriebe gewerblicher Art.....	9
III. Kapitalgesellschaften.....	10
IV. Organschaft .....	12
V. Ergebnis .....	13

### **B. Ermittlung des zu versteuernden Einkommens bei**

<b>Eigengesellschaften .....</b>	<b>13</b>
I. Die außerbetriebliche Sphäre einer Kapitalgesellschaft .....	17
1. Die Rechtsprechung und ihre Argumente .....	19
a) Keine Anwendbarkeit des § 12 Nr. 1 EStG.....	19
b) Einkünfte aus Gewerbebetrieb, § 8 Abs. 2 KStG.....	20
c) Der Maßgeblichkeitsgrundsatz der Handelsbilanz.....	21
d) Anrechnungsverfahren, Halbeinkünfteverfahren und Teileinkünfteverfahren .....	22
e) Stiftungen und Vereine, § 10 Nr. 1 KStG.....	24
f) Zusammenfassung.....	24
2. Kritik von Teilen der Literatur.....	24
a) § 2 EStG als maßgeblicher Einkünftebegriff.....	25
b) Kein Wertungswiderspruch zur Gewerbesteuer .....	25
c) Vergleich mit dem „Non Profit Sektor“ .....	26
d) Zusammenfassung .....	26
3. Eigene Auffassung .....	26
4. Ergebnis.....	28

V

II. "Liebhaberei" im Körperschaftsteuerrecht.....	28
1. Die "Liebhabereigrundsätze" als Voraussetzung der verdeckten Gewinnausschüttung.....	30
2. Exkurs zur Segmentierung.....	31
3. Ergebnis.....	33
<b>Thesen Teil I</b>	<b>33</b>
<b>Teil II</b>	
<b>Die Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen der verdeckten Gewinnausschüttung bei Eigengesellschaften</b>	
	<b>34</b>
<b>A. Historische Entwicklung</b>	<b>36</b>
1. Überblick über die Entwicklung des Rechtsinstituts.....	36
II. Die Entwicklung der verdeckten Gewinnausschüttung bei kommunalen Eigengesellschaften .....	38
<b>B. Die Tatbestandsvoraussetzungen der verdeckten Gewinnausschüttung bei Eigengesellschaften</b>	<b>40</b>
I. Grundproblematik .....	41
1. Verdeckte Gewinnausschüttung durch direktes Verkehrsgeschäft .....	44
2. Verdeckte Gewinnausschüttung durch Saldierung von Gewinnen und Verlusten .....	44
3. Verdeckte Gewinnausschüttung durch Ausschüttung des Gewinns .....	45
4. Verdeckte Gewinnausschüttung durch Unterhalten der Verlusttätigkeit.....	46
5. Ergebnis.....	46
II. Die Tatbestandsvoraussetzungen der verdeckten Gewinnausschüttung im Einzelnen.....	47
1. Vermögensminderung oder verhinderte Vermögensmehrung .....	47
2. Veranlassung durch das Gesellschaftsverhältnis .....	49
a) Der Fremdvergleichsmaßstab .....	49
b) Die Abgrenzung nach dem Unternehmensgegenstand .....	54
3. Der Vermögensvorteil des Gesellschafters .....	56
4. Ergebnis .....	58

<b>C. Rechtsfolgen der verdeckten Gewinnausschüttung für die</b>	
<b>Eigengesellschaft .....</b>	<b>58</b>
I. Grundfragen .....	59
II. Höhe der Hinzurechnung .....	60
III. Gewinnzuschlag .....	62
IV. Höhe des Gewinnzuschlags .....	65
V. Ergebnis .....	67
<b>Thesen Teil II .....</b>	<b>68</b>

### Teil III

<b>Der Rechtsfolgenausschluss nach § 8 Abs. 7 und 9 KStG .....</b>	<b>70</b>
--	-----------

<b>A. § 8 Abs. 7 KStG im Lichte der Selbstverwaltungsgarantie .....</b>	<b>71</b>
<b>B. § 8 Abs. 7 S. 1 Nr. 2 KStG .....</b>	<b>74</b>
I. Stimmrechtsmehrheit .....	75
1. Einfache oder qualifizierte Stimmenmehrheit .....	76
2. Mittelbare Beteiligungsstrukturen .....	77
a) Rechnerische Mehrheit .....	78
b) Stimmrechtsmehrheit im gesamten Beteiligungsstrang .....	79
c) Mehrheit der Stimmrechte an jeder vermittelnden Gesellschaft .....	81
II. Verpflichtung zum Tragen der Dauerverluste .....	82
1. Rückabwicklung der verdeckten Gewinnausschüttung .....	83
2. Folgerungen für das Tragen der Dauerverluste .....	86
3. Umfang der Verlusttragung .....	87
III. Nachweis der Verlusttragung .....	88
1. Zulässigkeit einer Nachweispflicht trotz Amtsermittlungsgrundsatz .....	89
2. Verletzung der Nachweispflicht .....	90
3. Formelle Anforderungen an den Nachweis .....	91
IV. Zusammenfassung .....	92
<b>C. § 8 Abs. 7 S. 2 KStG .....</b>	<b>93</b>
I. Der Begriff des Dauerverlustgeschäfts .....	94
1. Die Feststellung eines Dauerverlustes .....	94

2. Strukturell bedingte Verluste .....	96
3. Dauerverlustgeschäft oder Dauerverlusttätigkeit.....	97
4. Zusammenfassung.....	99
II. Begünstigte Beweggründe .....	100
1. Die gesetzlich geregelten Begünstigungsgründe.....	100
a) Dauerverlustgeschäfte aus verkehrspolitischen Gründen.....	101
b) Dauerverlustgeschäfte aus umwelt-, gesundheits-, kultur- und bildungspolitischen Gründen .....	102
c) Dauerverlustgeschäfte aus sozialpolitischen Gründen .....	103
d) Nichtaufnahme der Wirtschaftsförderung als begünstigten Beweggrund .....	103
2. Abgrenzung zu nicht begünstigten Vermögensminderungsgründen .....	104
3. EU-rechtlicher Definitionsansatz .....	105
4. Besonderheiten bei vormalig hoheitlichen Tätigkeiten .....	107
5. Mittelbare Förderung der politischen Zielsetzung .....	109
6. Verknüpfung zwischen Dauerverlustgeschäft und begünstigtem Zweck ..	112
III. Wirtschaftliche Betätigung .....	113
IV. Ohne kostendeckendes Entgelt.....	115
1. Der Begriff „kostendeckend“ .....	116
2. Verluste trotz kostendeckendem Entgelt.....	117
V. Hoheitliche Tätigkeiten .....	118
VI. Zeitliche Anwendung § 8 Abs. 7 KStG i.V.m § 34 Abs. 6 S. 7 KStG.....	120
VII. Zusammenfassung .....	122
<b>D. § 8 Abs. 9 KStG .....</b>	<b>123</b>
I. Systematische Einordnung .....	123
II. Spartenrechnung .....	125
1. Anzahl der Sparten.....	125
2. Die Sparteneinteilung im Einzelnen.....	126
a) Sparte mit „hoheitlichen Dauerverlusten“ .....	127
b) Sparte mit zusammenfassbaren Tätigkeiten .....	128
c) Sparte mit den restlichen Dauerverlustgeschäften.....	129
d) Sparte mit den "übrigen Tätigkeiten" .....	130
e) Ergebnis .....	130
3. Einkommensermittlung innerhalb der Sparten.....	131

a) Zuordnung von allgemeinen Kosten.....	131
b) Zuordnung von Kapitalbeteiligungen.....	132
c) Zuordnung von Hilfs- und Nebengeschäften.....	134
4. Auswahl der zusammenfassbaren Tätigkeiten .....	135
5. Umstrukturierung von Sparten nach § 8 Abs. 9 S. 3 KStG.....	136
a) Aufnahme einer Tätigkeit.....	136
b) Aufgabe einer Tätigkeit.....	137
6. Unterjährige Trennung und Zusammenfassung von Sparten nach § 8 Abs. 9 S. 6 und 7 KStG.....	141
III. Zeitlicher Anwendungsbereich.....	142
IV. Zusammenfassung .....	143
<b>E. § 4 Abs. 6 KStG.....</b>	<b>144</b>
I. Besondere Zusammenfassungsvoraussetzungen nach § 4 Abs. 6 KStG.....	144
1. Gleichartige Tätigkeiten .....	145
2. Enge wechselseitige technisch-wirtschaftliche Verflechtung.....	146
a) Inhaltliche Anforderungen an die technisch-wirtschaftliche Verflechtung.....	147
b) Verflechtung von einigem Gewicht.....	149
c) Verbindliche Auskünfte und Zusagen .....	150
3. Versorgungsbetriebe .....	152
4. Verhältnis der Tatbestandsalternativen zueinander.....	153
a) Verhältnis der ersten zur zweiten Tatbestandsalternative.....	154
b) Verhältnis der ersten zur dritten Tatbestandalternative.....	154
II. Weitere Zusammenfassungsvoraussetzungen.....	156
III. Mehrfache Zusammenfassung unter zeitlicher Verzögerung.....	157
IV. Zeitlicher Anwendungsbereich.....	160
V. Zusammenfassung .....	160
<b>F. Beweislast.....</b>	<b>161</b>
I. Beweislastverteilung bei der verdeckten Gewinnausschüttung .....	162
II. Beweislastverteilung für den Rechtsfolgausschluss.....	162
<b>G. Ergebnis .....</b>	<b>163</b>
<b>Thesen Teil III .....</b>	<b>167</b>

## Teil IV

<b>Der steuerliche Verlustausgleich unter europarechtlichen Gesichtspunkten.....</b>	<b>170</b>
<b>A. Verstoß gegen Art. 107 AEUV</b>	<b>173</b>
I. Vorteilsgewährung/Begünstigung.....	174
1. Indirekte Begünstigung als geldwerter Vorteil .....	175
2. Begünstigung von Dritten .....	175
3. Angemessene Gegenleistung .....	176
4. Verlustverrechnung nach <i>Altmark Trans</i> .....	183
a) Betrauung.....	183
b) Vorherige Aufstellung der Kostenparameter.....	184
c) Überkompensation.....	185
d) Kosten eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens .....	186
5. Zusammenfassung.....	186
II. Staatliche Beihilfe.....	187
III. Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige .....	188
IV. Verfälschung des Wettbewerbs.....	190
V. Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedsstaaten .....	192
1. Lokal beschränkte Auswirkungen .....	192
2. Geringfügige Beihilfen.....	194
3. Zusammenfassung.....	195
VI. Ergebnis.....	195
<b>B. Ausnahmeregelung nach Art. 106 Abs. 2 EGV</b>	<b>196</b>
I. Unmittelbare Anwendbarkeit von Art. 106 EGV nach <i>Altmark Trans</i> .....	196
II. Voraussetzungen des Art. 106 Abs. 2 AEUV	198
III. Ergebnis	200
<b>C. Verfahrensrecht: Alt- oder Neubehilfe</b>	<b>200</b>
<b>Thesen Teil IV</b>	<b>205</b>
<b>Ausblick und Bewertung</b>	<b>206</b>
<b>Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.</b>	<b>208</b>